

Geschäftszahl:
2021-0.362.669

67/4.1
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport am 17.-18. Mai 2021

Am 17./18. Mai 2021 fand in Brüssel die Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt. Die österreichische Delegation im Rat Bildung wurde durch Herrn Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann vertreten. Österreich wurde im Rat Jugend, Kultur und audiovisuelle Medien sowie im Rat Sport von Gesandten MMag. Gregor Schusterschitz vertreten. Die Europäische Kommission war durch Kommissarin Mariya Gabriel vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates – Teil Bildung

1. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu „Chancengleichheit und Inklusion auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Förderung des Bildungserfolgs für alle“ an. Die Schlussfolgerungen betonen die Bedeutung des Zugangs zu einer qualitativ hochwertigen und inklusiven allgemeinen und beruflichen Bildung für alle Lernenden – besonders für benachteiligte und gefährdete Gruppen. Insbesondere durch die COVID-19-Pandemie, die alle Bildungssysteme stark betroffen hat, ist es unerlässlich, Chancengleichheit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung sicherzustellen.
2. Zudem nahm der Rat die Schlussfolgerungen zu der „Initiative Europäische Hochschulen – ein Brückenschlag zwischen Hochschulbildung, Forschung, Innovation und Gesellschaft: Wegbereitung für einen neuen Bezugsrahmen für die europäische Hochschulbildung“ an. Die Schlussfolgerungen bekräftigen das politische Bekenntnis zur Initiative, unterstützen die Weiterentwicklung der Allianzen und die Umsetzung deren Strategien. „Europäische Hochschulen“ spielen eine wesentliche Rolle bei der Verwirklichung der Vision des europäischen Bildungsraums und des europäischen Forschungsraums.

3. Im Anschluss führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema „Neue Szenarien für die Umgestaltung der Hochschulbildung“ durch. Die Ministerinnen und Minister betonten, dass die Allianzen der „Europäischen Hochschulen“ als Testumgebung für neue innovative Konzepte und Interoperabilität im Bereich Forschung und Lehre dienen sollen. Einige Ministerinnen und Minister berichteten über national eingesetzte Arbeitsgruppen, um gemeinsam mit dem Hochschulsektor gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualitätssicherung und Anerkennung von Diplomen nach den europäischen Qualitätssicherungskriterien zu implementieren. Zudem zeigten sich die Ministerinnen und Minister offen gegenüber „Micro-credentials“, betonten jedoch, dass das Konzept zuerst eingehend diskutiert werden und man sich auf eine gemeinsame Definition einigen müsse. Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann begrüßte die Allianzen der „Europäischen Hochschulen“ und forderte eine stärkere Fokussierung auf Exzellenz als Ziel. Außerdem unterstützte Österreich das Bestreben einer gemeinsamen Anerkennung von Diplomen unter der Voraussetzung der Verwendung gemeinsamer Standards in der Qualitätssicherung. Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann bewertete das Konzept der „Micro-credentials“ ebenfalls positiv und sprach dazu Fragen wie Qualitätssicherung, Anrechenbarkeit und ECTS-Grenzen an.
4. Unter Sonstiges informierte der Vorsitz über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie im Bildungsbereich und Slowenien über das Programm des Vorsitzes im zweiten Halbjahr 2021.

Tagung des Rates – Teil Kultur und Audiovisuelle Medien

1. Vor dem Hintergrund der Pandemie verabschiedete der Rat „Schlussfolgerungen zur Erholung, Resilienz und Nachhaltigkeit der Kultur- und Kreativbranche“ sowie „Schlussfolgerungen zum Thema „Europas Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan zur Unterstützung der Erholung und des Wandels“. Die Ministerinnen und Minister haben diesbezüglich gemeinsame Zielsetzungen und eine Reihe an Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene vereinbart, die eine Verbesserung des Zugangs zur Finanzierung, die Stärkung der Resilienz, die Unterstützung des digitalen und grünen Wandels, den Aufbau von neuen Kooperationen und Fähigkeiten sowie eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit anstreben.

2. In der Orientierungsaussprache mit dem Titel „Diversifizierung der Finanzierungsquellen und -mechanismen für die Erhaltung und den Schutz des europäischen Kulturerbes“ wurden steuerliche Begünstigungen für private Investitionen, öffentlich-private Partnerschaften, Kooperationen mit philanthropischen Stiftungen und Lotterie-Abgabemodelle anhand konkreter Beispiele aus den Mitgliedstaaten diskutiert. Österreich hat dabei auf sein ausdifferenziertes System der öffentlichen Finanzierung hingewiesen. In Umsetzung des Regierungsprogramms wird aktuell an einem Gesamtpaket unterschiedlicher Anreize gearbeitet, um die private Finanzierung von Kunst und Kultur attraktiver zu gestalten und insgesamt auszubauen. Des Weiteren wurden mögliche Maßnahmen auf EU-Ebene erörtert, wobei die vorgeschlagene Einrichtung eines neuen strategischen Beratungsgremiums für Kulturerbe mit Verweis auf bereits bestehende europäische Netzwerke mehrheitlich kritisch gesehen wird.

3. Unter den sonstigen Informationspunkten berichteten der Vorsitz über Präsidentschaftskonferenzen, Spanien über die Auswirkungen von VoD-Plattformen auf den audiovisuellen Markt, Deutschland über die Besteuerung des Kunsthandels sowie Slowenien über die Kür von Nova Gorica als Kulturhauptstadt Europas 2025 und den kommenden Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2021.

Tagung des Rates – Teil Jugend

1. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zum Thema „Stärkung von Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungsprozessen“ an. Die Ratsschlussfolgerungen betonen, dass Jugendpolitik im Hinblick auf die Einbindung Jugendlicher in Entscheidungsprozessen auf allen politischen Ebenen gestärkt werden soll. Sie heben auch die Wichtigkeit der digitalen Jugendarbeit zur Erreichung der Europäischen Jugendziele hervor. Darüber hinaus wird auf die Notwendigkeit verwiesen, dass die Jugendpartizipation auch als ein wichtiger Eckpfeiler der Europäischen Jugendstrategie 2019-2027 verstanden wird.

2. In der anschließenden Orientierungsaussprache diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedsstaaten zum Thema „Ein rechthebasierter Ansatz zur Jugendpolitik: treibende Kraft für Engagement in der Zukunft?“. Alle Delegationen waren sich über die Wichtigkeit des Themas einig. Es herrschte Übereinstimmung, dass Jugendpolitik als Querschnittsmaterie verstanden wird und daher auf alle politischen Lebensbereiche wirke sowie bei der Gesetzgebung

berücksichtigt werden müsse. Für Österreich hob Gesandter MMag. Gregor Schusterschitz die Einbindung von Jugendlichen bei der Gesetzgebung sowie bei anderen jugendrelevanten Themen hervor. Weiters betonte er die Notwendigkeit, die Partizipation junger Menschen an Entscheidungsprozessen zu fördern. Beispielsweise müssen in Österreich bei der „Wirkungsorientierten Folgenabschätzung“ die Gesetze explizit auf deren Auswirkungen für Kinder und Jugendliche betrachtet werden. Erwähnt wurde auch das Erfordernis einer sektorenübergreifenden Zusammenarbeit. Demokratische Bildung nehme eine wichtige Rolle zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungsprozessen ein und Österreich sei mit Wählen bereits ab 16 Jahren ein Pionierland. Gesandter Schusterschitz betonte abschließend, dass bereits bestehende Instrumente wie der EU-Jugenddialog ernst genommen und genutzt werden sollten.

3. Kommissarin Mariya Gabriel betonte, dass es gerade zur Stärkung der Beteiligung von Jugendlichen auf EU-Ebene die Möglichkeit der Einbindung Jugendlicher bei der Konferenz zur Zukunft Europas gäbe. Dies sollte von jungen Europäerinnen und Europäern unbedingt genutzt werden, um die Zukunft der EU mitgestalten zu können.
4. Am Ende der Ratssitzung wurde über die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Jugend diskutiert. Diese Gruppe sei besonders stark gefährdet und müssen gemeinsame Initiativen gestartet werden, um diese Konsequenzen abzuschwächen. Um die einzelnen nationalen Maßnahmen leichter miteinander vergleichen zu können, wurde unter portugiesischer Ratspräsidentschaft eine online Plattform zur Analyse ins Leben gerufen.
5. Abschließend informierte Slowenien über allgemeine Prioritäten, spezifische Schwerpunkte und geplante Veranstaltungen während ihrer Ratspräsidentschaft.

Tagung des Rates – Teil Sport

1. Der Rat nahm „Schlussfolgerungen zur Innovation im Sport“ an. Innovation in all ihren Facetten sollte als eine Schlüsselpriorität für die Entwicklung des Sportsektors verstanden werden. Sportinnovation schaffe Möglichkeiten für eine verstärkte Teilhabe der Bevölkerung an sportlichen und körperlichen Aktivitäten, diene der Förderung sozioökonomischer Entwicklungen durch Sport und diene auch dazu, gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen zu bewältigen und

den Sportsektor nachhaltiger und widerstandsfähiger zu machen. Die MS werden u.a. dazu eingeladen, wissenschaftliche Entwicklungsinitiativen und Projekte im Bereich der Sportinnovation, insbesondere mit Universitäten und Forschungseinrichtungen, zu unterstützen.

2. Die Orientierungsaussprache fand zum Thema „Sportdiplomatie: Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt“ statt. Nach einem Eingangsstatement von Maria-Francesca Spatolisano, Assistant Secretary-General for Policy Coordination and Inter-Agency Affairs bei den VN, sowie von IOC Präsident Thomas Bach diskutierten EU-Kommissarin Mariya Gabriel und die Sportministerinnen und Sportminister eingehend über den potenziellen Nutzen einer EU-Strategie für Sportdiplomatie sowie über die möglichen nächsten Schritte der Mitgliedstaaten und der EU, um eine EU Strategie für die Sportdiplomatie voranzubringen.
3. Unter den sonstigen Informationspunkten informierte Portugal über Inhalte zu den Treffen der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) - Exekutivausschuss und Stiftungsrat (Montreal, 20.- 21.Mai 2021). Des Weiteren informierte der Vorsitz über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Sport und berichtete über die seitens des Vorsitizes etablierte COVID-19 Plattform zum Austausch von Informationen unter den Mitgliedstaaten zu COVID-19 Maßnahmen im Sport. In einem weiteren Punkt informierte die EK über die Initiative „HealthyLifestyle4All“, die im Rahmen der diesjährigen Europäischen Woche des Sports lanciert werden soll und im Rahmen derer sich diverse Stakeholder an der Umsetzung eines gesünderen Lebensstils auf unterschiedlichen Ebenen beteiligen sollen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

29. Juni 2021

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann
Bundesminister

i.V. Mag. Karoline
Edtstadler
Bundesministerin

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler